

KITA-OFFENSIVE

Und was ist der Beitrag der Privatwirtschaft?

Nirgends in Europa zahlen Eltern, gemessen an ihrem Einkommen, so viel für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung wie in der Schweiz. Geht es nach der Bildungscommission des Nationalrats, soll sich das ändern: Zwanzig Prozent günstiger soll Eltern die ausserfamiliäre Kinderbetreuung in Zukunft zu stehen kommen. Dazu soll der Bund jährlich 710 Millionen Franken beisteuern. Obendrauf kommen 60 Millionen, um die Qualität in den Kitas zu steigern – nachdem sich die Bundesbeiträge in den letzten Jahren auf Anschubfinanzierungen von 20 Millionen Franken pro Jahr beschränkten. Im Frühling kommt die Vorlage in den Nationalrat. In Kraft treten könnte sie frühestens 2025, wobei davon auszugehen ist, dass das Parlament den Betrag noch stutzen wird.

Seit Jahren kämpft die Linke zusammen mit einzelnen bürgerlichen Vertreter:innen (wie der ehemaligen BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti oder GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy) für eine zeitgemässe Kita-Finanzierung. Dass es bald zu einem Durchbruch kommen könnte, liegt primär an einem Strategiewechsel des Arbeitgeberverbands.

Das erinnert an die nuller Jahre, als die Mutterschaftsversicherung dank einer Koalition mit dem Gewerbeverband endlich realisiert werden konnte. Ähnliches ist nun bei der Kinderbetreuung zu beobachten: Seit Jahren belegen Studien, dass ein markanter Ausbau des staatlich finanzierten Kita-Angebots die Stellenprocente erwerbstätiger Frauen deutlich steigert. Nun, da in den verschiedensten Branchen laut wie noch nie über Fachkräftemangel geklagt wird, scheint das auch bei bürgerlichen Politiker:innen und der Firmenlobby angekommen zu sein.

Ob mit Kita-Subventionen alleine ein grosser Effekt auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen ist, bleibt aber fraglich: Um in Care-Berufen, die noch immer überwiegend von Frauen ausgeübt werden, innert nützlicher Frist genügend Fachkräfte binden zu können, braucht es zusätzlich bessere Arbeitsbedingungen – und in Berufen, in denen nach wie vor Männer dominieren: verbindliche Lohngleichheit. Für einen gesellschaftspolitischen Schritt nach vorn ist neben dem Staat auch die Privatwirtschaft gefordert. **ADR**